

Bereits 1950 erkannte die DDR die Oder-Neiße-Linie als „Friedensgrenze“ zu Polen an und verdrängte die Geschichte der verlorenen Gebiete.

Annäherung in Amnesie

Von UWE KLUSSMANN

Der Jubel war sorgfältig inszeniert. Im Schrittempo fuhr der Dienstwagen des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 6. Juli 1950 auf einer hölzernen Behelfsbrücke von Görlitz ans Ostufer der Neiße. Dort hieß Polens Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz seinen Amtskollegen „auf unserem Boden“ willkommen.

„Mit unbeschreiblicher Begeisterung“, so das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, begrüßten Zehntausende Polen die deutschen Gäste und riefen „Pokój! Pokój!“ (Frieden! Frieden!).

Die Polen hatten allen Grund zur Freude. Der DDR-Regierungschef war gekommen, die 1945 auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Grenzziehung an Oder und Lausitzer Neiße als endgültig anzuerkennen.

In Zgorzelec, wie die Polen den früheren Ostteil von Görlitz umbenannt hatten, unterzeichneten Grotewohl und Cyrankiewicz im „Kulturhaus“, der von Kaiser Wilhelm II. eingeweihten Oberlausitzer Ruhmeshalle, ein Grenzabkommen. Darin hieß es, „dass die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt“.

Um den Anbruch einer neuen Ära zu feiern, hatte die SED Tausende Genossen und Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) nach Zgorzelec gebracht zu einer „deutsch-polnischen Kundgebung“. Deren Teilnehmer jubelten, als Grotewohl am Schluss seiner Rede den eigentlichen Grenzarchitekten rühmte: „Es lebe der Freund aller friedliebenden Menschen der ganzen Welt: Josef Stalin.“

Den meisten Bewohnern von Görlitz und Umgebung hingegen, wo Flüchtlinge und Vertriebene 40 Prozent der Bevölkerung ausmachten, war nicht nach Freudengeschrei zumute. Noch 1955 ver-

merkte die SED intern, es gebe im Raum Görlitz und im gesamten Bezirk Dresden „unter allen Schichten der Bevölkerung noch Unklarheiten und teilweise feindliche Auffassungen zur Oder-Neiße-Friedensgrenze“.

Die Gegner der Grenzziehung bekamen Schützenhilfe aus dem Westen. Die Regierung in Bonn hatte am 9. Juni 1950 angesichts der Bereitschaft der DDR, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, verkündet: „Die sogenannte Regierung der Sowjetzone hat keinerlei Recht, für das deutsche Volk zu sprechen. Alle ihre Abreden und Vereinbarungen sind null und nichtig.“ Am 13. Juni hatten alle Fraktionen und Gruppen des Bundestags mit Ausnahme der Kommunisten eine Resolution verabschiedet gegen die „völker- und staatsrechtlich unhaltbare Behauptung, dass zwischen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und Polen eine sogenannte Friedensgrenze festgelegt worden ist“. Als KPD-Fraktionschef Max Reimann eine Aussprache verlangte, erteilte ihm der Parlamentspräsident nicht das Wort. Weil der KPD-Politiker das Rednerpult nicht verließ, wurde er für 30 Sitzungstage aus dem Plenum ausgeschlossen.

Auch die SED demonstrierte drastisch, dass sie nicht bereit war, über das Grenzabkommen zu diskutieren. Schlagzeilen im „Neuen Deutschland“ wie „Die Feinde der Oder-Neiße-Grenze wollen den Krieg!“ im Juli 1950 signalisierten, dass die Partei Vertragskritiker als Fall für den Staatsanwalt betrachtete.

Schon wer bei Kneipen-Diskussionen gegen die

Grenzregelung polemisierte oder gar Schriften der westdeutschen Vertriebenenverbände weitergab, musste mit mehrjährigen Haftstrafen rechnen. Vertriebene, rund ein Viertel der Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone von 1949, wurden euphemistisch als „Umsiedler“ bezeichnet. Sie hatten sich zu assimilieren und sollten über ihr Leben im früheren deutschen Osten öffentlich schweigen.

Dabei war der Schock, der die Deutschen mit der Abtrennung der Ostgebiete traf, auch an der SED nicht spurlos vorübergegangen. Noch am 14. Septem-



Aufmarsch der FDJ in Ost-Berlin am 1. Mai 1950

ber 1946 hatte der führende SED-Politiker Max Fechner im Parteiorgan „Neues Deutschland“ versprochen, dass sich die Partei „jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen wird“. Die Ostgrenze sei „nur provisorisch“.

Doch wenige Tage später verkündete der sowjetische Außenminister Wjatscheslaw Molotow, die Grenzziehung sei „dem Wesen der Sache nach“ endgültig. Ein letzter vorsichtiger Versuch der SED-Spitze, Stalin in Sachen Ostgrenze umzustimmen, scheiterte im Januar 1947.

Im November 1948 verkündete Parteichef Walter Ulbricht die bis zum Ende der SED gültige Version, Deutschland habe „die Ostgebiete verspielt“, und zwar „durch eine jahrhundertelange reaktionäre Politik“. Die Grenzanzerkennung, so Ulbricht, sei „die Voraussetzung, um Entgegenkommen beim polnischen Volk zu finden, das so furchtbar gelitten hat“.

Da bereitete die SED bereits die Gründung der DDR vor. Der neue Staat von Stalins Gnaden hatte keine andere Wahl, als die von der sowjetischen Führung durchgesetzten Grenzen zu akzeptieren. Dabei war die DDR-Losung von der

„deutsch-polnischen Freundschaft“ 1950 noch kaum mehr als Propaganda. Dennoch entwickelten DDR-Bürger und Polen über die folgenden Jahrzehnte allmählich einen gutnachbarlichen Alltag.

Die beiden ehemaligen Sozialdemokraten Grotewohl und Cyrankiewicz, der deutsche Gestapo-Häftling und der polnische Auschwitz-Überlebende, hatten mit dem umstrittenen Grenzvertrag letztlich die Voraussetzungen geschaffen für eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Zu einer solchen Politik rang sich auch die Bundesrepublik unter Kanzler Willy Brandt zwei Jahrzehnte später durch.

Mit visafreiem Verkehr zwischen Polen und der DDR entstanden seit 1972 zahlreiche berufliche Kontakte als auch Freundschaften über die Grenze hinweg. Die Begegnungen waren jedoch oft eine Annäherung in Amnesie. Die deutsche Geschichte der polnischen Westgebiete sollte aus politischem Kalkül in Vergessenheit geraten.

Doch wo die Staatsführung Schweigen verordnet hatte, fanden Schriftsteller trotz Zensur Worte. Die erste DDR-Autorin, die das Thema Vertreibung zen-

tral behandelte, war Anna Seghers. Die Dichterin, die 14 Jahre in der Emigration gelebt hatte, schrieb 1950 in Erzählungen mitfühlend über „Gerda aus Ostpreußen“, die nach der Flucht „keinen Krümel mehr“ besaß, oder über den Kesselflicker Franz, der „außer dem Bein auch seine Heimat verloren“ hatte.

Der DDR-Lyriker Johannes Bobrowski verfasste über seine ostpreußische Heimat „schöne, von sanfter Trauer beschattete Bilder“, wie selbst die ihn besitzende Staatssicherheit in einem Bericht anerkannte. Und der aus dem Riesengebirge stammende Autor Franz Fühmann schilderte 1962 in seiner Erzählung „Böhmen am Meer“ das Schicksal einer heimwehkranken Sudetendeutschen, die in der DDR nicht heimisch wurde.

Lebhafte Diskussionen löste Christa Wolf 1976 mit ihrem Roman „Kindheitsmuster“ aus. Die Schriftstellerin thematisiert darin ihre Kindheit und Jugend in „L., heute G.“, Landsberg an der Warthe, dem jetzigen Gorzów Wielkopolski. Sie schilderte die Schrecken der Flucht unter sowjetischen Tieffliegerangriffen und bekannte: „Man lässt den Auszug aus der Heimat nicht unbeweiht.“

KURT KLINGNER

